

USA erhöhen Stahlzölle auf 50% Krise für deutsche Unternehmen droht!

Die USA erhöhen Stahl- und Aluminiumzölle auf 50%, was gravierende Folgen für die deutsche Industrie und den Handel hat.



Deutschland - Am 4. Juni 2025 haben die USA die Zölle auf Stahl- und Aluminiumimporte auf 50 Prozent erhöht, was vor allem die Stahl- und Metallverarbeitungsbranche in Deutschland erheblich belastet. Diese Erhöhung erfolgt durch eine kurzfristige Anordnung von US-Präsident Donald Trump und sorgt für große Besorgnis unter den deutschen Unternehmen.

Etwa 5000 Unternehmen in Deutschland, vornehmlich kleine und mittelständische Betriebe mit nahezu 500.000 Beschäftigten, sind direkt betroffen. Die steigenden Zölle könnten existenzbedrohende Konsequenzen haben, insbesondere weil viele Unternehmen bereits unter niedrigen Gewinnspannen leiden. Ein großes Risiko besteht darin, dass US-

Produzenten alternative Zulieferer suchen könnten, was die deutschen Lieferanten gefährden würde. Die Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmen ist bereits durch konjunkturelle Herausforderungen und ungünstige Standortbedingungen beeinträchtigt.

Reaktionen der EU

Die EU-Kommission hat auf die Zollerhöhung mit der Ankündigung von Gegenmaßnahmen reagiert. Die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen erklärte, dass der Schutz von Verbrauchern und Unternehmen oberste Priorität habe. Die US-Zölle, die einen Wert von 28 Milliarden US-Dollar haben, könnten durch EU-Gegenmaßnahmen im Wert von 26 Milliarden Euro ausgeglichen werden. Diese Maßnahmen werden in zwei Phasen umgesetzt und beinhalten das Auslaufen von bestehenden Gegenmaßnahmen sowie die Einführung neuer Strategien zum Schutz europäischer Unternehmen.

Handelskommissar Maroš Šefčovič wird mit Gesprächen zur Wiederherstellung der Handelsbeziehungen beauftragt. Die gegenwärtigen Handelsbeziehungen zwischen den USA und der EU zählen zu den umfangreichsten der Welt, und die Kommission bleibt offen für Verhandlungen, um eine einvernehmliche Lösung zu finden.

Wirtschaftliche Auswirkungen

Die hohen Zölle könnten auch die Inflation in den USA anheizen, da die Verbraucher die höheren Kosten letztendlich tragen müssen. In Deutschland exportieren Unternehmen im Jahr 2024 rund eine Million Tonnen Stahl in die USA, was 18 Prozent der Exporte der EU-Staaten ausmacht. Diese umlenkenden Effekte könnten dazu führen, dass Stahl, der ursprünglich für den US-Markt bestimmt war, nun nach Europa fließen könnte, was die Marktdynamik erheblich verändern würde.

Unabhängig von den Zollerhöhungen kann die EU weiterhin

zollfrei Stahl und Aluminium in die USA exportieren, da US-Präsident Joe Biden eine Regelung bis zum 31. Dezember 2025 verlängerte. Diese Übergangslösung erlaubt den Export von festgelegten Quoten von bis zu 3,3 Millionen Tonnen Stahl und 384.000 Tonnen Aluminium zollfrei, um Zeit für Verhandlungen über eine dauerhafte Lösung zu gewinnen.

Angesichts dieser Entwicklungen zeigt sich die Stahlindustrie in Deutschland, darunter Unternehmen wie Thyssenkrupp und Salzgitter, unter starkem Druck. Die Rohstahlproduktion in Deutschland sank von Januar bis April um 12 Prozent auf knapp 11,5 Millionen Tonnen. Die Branche befindet sich in einer Krise und steht vor der Herausforderung, sich in einem Transformationsprozess hin zu umweltfreundlicheren Fertigungsverfahren zurechtzufinden.

Die EU hat bereits Vergeltungsmaßnahmen ausgearbeitet, hält diese jedoch derzeit zurück, in der Hoffnung, durch Verhandlungen mit den USA eine Eskalation des Handelsstreits zu verhindern. Die gesamte Situation bleibt angespannt, und Experten empfehlen der EU, ihre Gegenstrategie zu verstärken, um die Auswirkungen der Zollerhöhungen möglichst zu minimieren.

Für die deutsche Stahl- und Aluminiumindustrie sind die kommenden Monate entscheidend, um sich auf die sich verändernden Rahmenbedingungen einzustellen und mögliche Lösungen für die Herausforderungen zu entwickeln.

Weitere Informationen finden Sie in den Artikeln von [Welt](#), [EU-Kommission](#) und [Tagesschau](#).

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Deutschland
Quellen	• www.welt.de • germany.representation.ec.euro

Details

- pa.eu
- www.tagesschau.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net